

Sachdokumentation:

Signatur: DS 5526

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5526



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Forum 2026

Wo steht die soziale Schweiz?

Gemeinsam gegen Armut – 125 Jahre Caritas

Mit Bundesrätin
Elisabeth Baume-Schneider

**Die Fachtagung von Caritas Schweiz
für Fachkräfte und Interessierte**

Freitag, 30. Januar 2026, 9.30 bis 16 Uhr
Eventforum, Fabrikstrasse 12, Bern

CARITAS 125
Schweiz
Suisse
Svizzera
Sviza

Caritas-Forum 2026: Tagungsprogramm

Konferenzsprachen:

Deutsch und Französisch, mit Simultanübersetzung

Vormittag

Ab 8.45 Uhr Empfang, Begrüssungskaffee

9.30 Uhr **125 Jahre Caritas – gemeinsam gegen Armut**
Monika Maire-Hefti, Präsidentin Caritas Schweiz

9.45 Uhr **Armutspolitik und die Rolle des Bundes,
mit Fragerunde aus dem Publikum**
*Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider,
Vorsteherin Eidgenössisches Departement des Innern*

10.15 Uhr Kaffeepause

10.45 Uhr **Gibt es neben einem «Zuwenig» auch ein «Zuviel»?**
Andreas Lustenberger, Mitglied Geschäftsleitung, Caritas Schweiz

11.15 Uhr **Podium: Ungleiche Chancen und Armut in der Schweiz**
*Mathias Reynard, Staatsrat VS und Präsident Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK)
Patricia von Falkenstein, Nationalrätin Liberal-Demokratische Partei, Basel
Claudia Schwarz Farhat, Sozialversicherungsfachfrau, von Familienarmut betroffen
Marco Salvi, Senior Fellow und Projektleiter, Avenir Suisse
Peter Lack, Direktor Caritas Schweiz*

12.15 Uhr Mittagspause

Nachmittag

13.45 Uhr	Kerenergebnisse des ersten nationalen Armutsmonitorings <i>Anna Koukal, Projektleiterin Nationales Armutsmonitoring, Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV)</i>
14.15 Uhr	Sozialpolitik in der Krise: Die Folgen der Coronapandemie <i>Emilie Rosenstein, Professorin Hochschule für soziale Arbeit und Gesundheit (HETSL), Lausanne</i> <i>Naël Froehlich, Forschungsbeauftragter Hochschule für soziale Arbeit und Gesundheit (HETSL), Lausanne</i>
14.45 Uhr	Frühwarnsystem? Die sozialpolitische Relevanz der Daten von NGOs <i>Oliver Hümbelin, Professor Institut Soziale Sicherheit und Sozialpolitik, Berner Fachhochschule (BFH)</i> <i>Ismail Mahmoud, Sozialarbeiter Caritas beider Basel</i> <i>Rulla Sutter, wissenschaftliche Mitarbeit, BFH</i>
15.15 Uhr	Recht und Wirklichkeit in der Sozialhilfe <i>Pascal Couellery, Dozent Berner Fachhochschule</i> <i>Mélanie Studer, Dozentin Hochschule für Soziale Arbeit, Luzern</i>
15.45 Uhr	Schlusswort <i>Fabian Saner, Verantwortlicher Forum und Sozialalmanach</i> <i>Peter Lack, Direktor Caritas Schweiz</i>

16.00–17.30 Uhr **Apéro zum Jubiläum von Caritas Schweiz**

Konzept und Programm:
Fabian Saner, Fachstelle Bildung, Caritas Schweiz

Moderation:
Inés Mateos, Dozentin und Expertin für Diversität

Die Rolle des Bundes in der Armutspolitik



Elisabeth Baume-Schneider
Bundesrätin
Vorsteherin des Eidgenössischen
Departements des Innern

Die Schweiz hat einen guten Ruf, was demokratische Werte, Wohlstand und Lebensqualität angeht. Wir haben ein hochwertiges Sozialversicherungssystem. Die Realität sieht jedoch deutlich anders aus, das zeigen die Zahlen des Bundesamtes für Statistik. Über 700 000 Menschen, darunter mehr als 100 000 Kinder, leben in Armut; die Betroffenen bleiben oft unauffällig und diskret. Armut ist keine Wahl. Die Covid-Krise hat uns die sozialen Ungleichheiten in unserer Gesellschaft in aller Deutlichkeit vor Augen geführt. Dass die Krise inzwischen überwunden ist, heisst aber nicht, dass wir uns der Verantwortung entziehen können: Alle in unserem Land sollen jederzeit ein würdiges Leben führen können.

Seit 125 Jahren ist Caritas vor Ort aktiv und unterstützt Menschen direkt. Mit einem Netzwerk von Fachkräften und dem Engagement vieler Freiwilliger bietet der Verein Unterstützung, die weit über die materielle Hilfe hinausgeht – sei es in Caritas-Märkten, in Beratungsstellen oder bei Katastrophen-einsätzen. Caritas hört zu, verleiht eine Stimme und trägt dazu bei, die Würde von armutsbetroffenen Menschen zu wahren und ihnen Vertrauen zurückzugeben. Für diese vorbildliche Arbeit spreche ich Caritas meine höchste Anerkennung aus.

Die Aktivitäten von Caritas beschränken sich aber nicht auf direkte Hilfe. Im Zusammenspiel zwischen Expertise und Engagement ist Caritas ein wertvoller Partner für öffentliche Behörden auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene. Caritas verfügt nicht nur über einen grossen Erfahrungsschatz in der Praxis, sondern führt auch Studien und Pilotprojekte durch, um so passende Antworten auf die sozialen Herausforderungen unserer Zeit zu entwickeln. Armut vorzubeugen und zu bekämpfen ist unsere gemeinsame Verantwortung – sie erfordert ein kollektives Engagement. Die Schweiz nimmt diese Verantwortung ernst. Der Bund arbeitet mit Kantonen, Gemeinden und der Zivilgesellschaft – unter anderem mit Caritas – zusammen, um die Entwicklung und Umsetzung wirksamer Massnahmen zu fördern. Jede und jeder kann im eigenen Einflussbereich zu einer solidarischeren Zukunft beitragen.

Die Nationale Plattform zur Prävention und Bekämpfung von Armut ist ein Beispiel für diese vielversprechende Zusammenarbeit. Sie vernetzt Akteurinnen und Akteure, fördert den Austausch guter Praktiken und die Entwicklung von Projekten, die Chancengleichheit, soziale und berufliche Integration sowie die Selbstbestimmung der Betroffenen stärken. Kürzlich konnte dank des Engagements aller Beteiligten das erste nationale Armutsmonitoring veröffentlicht werden.

Im Kampf gegen Armut sind nachhaltige Lösungen gefragt. Caritas steuert anerkanntes und geschätztes Fachwissen zu dieser Arbeit bei. Dafür danke ich herzlich. Gemeinsam können wir eine Gesellschaft gestalten, die Wohlstand teilt und demokratische Werte in gelebter Solidarität verwirklicht.

Gibt es neben einem «Zuwenig» auch ein «Zuviel»?



Andreas Lustenberger
Mitglied Geschäftsleitung
Caritas Schweiz

Vermögen konzentrieren sich immer stärker bei den Reichen. Die Einkommen des unteren Mittelstands stagnieren, während Gesundheits- und Wohnkosten sowie Alltagsauslagen die wenig Verdienenden überproportional belasten. Die gesellschaftliche Ungleichheit wird aufgrund der hohen Lebenshaltungskosten in der Schweiz also nochmals verstärkt und ist grösser als von den offiziellen Statistiken gemessen.

Dass die Ungleichheit weltweit und in der Schweiz seit Jahrzehnten wächst, bereitet uns als Caritas grosse Sorgen. Wir sind überzeugt, dass wir als Gesellschaft darüber sprechen müssen, ob es neben einem «Zuwenig» auch ein «Zuviel» gibt. Zu grosse Ungleichheit steht in totalem Gegensatz zu unseren grundlegenden Werten und unserer Vision einer Schweiz ohne Armut.

Armutsbekämpfung und eine zu starke Privilegierung von Reichtum sind nicht gleichzeitig möglich. Die politischen Verteilkämpfe, die aus Steuersenkungen und kurzsichtigen Spar- oder Entlastungspaketen resultieren, gehen in der Regel zu Lasten von Ärmern. Die Vorstellung, dass noch mehr Reichtum bei den Reichen durch Reinvestitionen zu mehr Arbeitsplätzen und Wirtschaftswachstum führt, ist vielfach widerlegt.

Wenn wir dieses Geld, das Überreiche gar nicht brauchen, ins Gemeinwohl investieren würden, wäre für alle, inklusive der Überreichen, viel gewonnen: Wenn eine würdige Existenzsicherung für alle Menschen garantiert ist, unabhängig vom Grund für den Bedarf, dann ist die private Anhäufung grosser Summen fürs Rentenalter oder für den Fall einer Erwerbsunfähigkeit schlicht nicht mehr nötig. Wenn dank guter öffentlicher Institutionen die Bürgerinnen und Bürger gut abgesichert sind, bezahlbarer Wohnraum, gute öffentliche Bildungsstätten und eine bezahlbare Gesundheitsversorgung bereitgestellt sind und alle Menschen ihre Rechte durchsetzen können, dann besteht kein Grund, Geld zu horten.

Kernergebnisse des nationalen Armutsmonitorings



Anna Koukal
Projektleiterin Nationales
Armutsmonitoring, Bundesamt für
Sozialversicherungen (BSV)

Das Nationale Armutsmonitoring bietet eine neue Grundlage für eine evidenzbasierte Diskussion über Armut in der Schweiz. Der erste Bericht definiert grundlegende Begriffe der Armutsforschung, beschreibt die Armutssituation in der Schweiz, gibt einen Überblick über Instrumente und Akteure der Armutspolitik, fasst den Forschungsstand und die Wissenslücken zusammen und zeigt auf, was über die Wirksamkeit unterschiedlicher Handlungsansätze bekannt ist.

Armut in der Schweiz ist selten dauerhaft – doch sie kehrt häufig zurück. Rund die Hälfte der Menschen, die sich aus der Armut ablösen, sind in den nächsten fünf Jahren erneut davon betroffen. Und wer längere Zeit in Armut verbleibt, hat immer geringere Chancen, sich aus der Armut zu lösen.

Die Resultate zeigen: Individuelle Merkmale erklären Armut nur teilweise. Entscheidend ist das Zusammenspiel zwischen individuellen Faktoren, persönlichen Lebenslagen und strukturellen Bedingungen – dazu zählen etwa das Bildungssystem, die Kinderbetreuung, die Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt oder das System der sozialen Sicherheit. Auslöser von Armut sind häufig kritische Ereignisse im Lebensverlauf. Dies manifestiert sich in hohen Armutsketten von Nichterwerbstätigen, Alleinerziehenden, Kinderreichen Paarfamilien oder Alleinlebenden. Solche Armutsriskiken treffen aber nicht alle Menschen in gleichem Mass, die soziale Stellung spielt eine wichtige Rolle. Besonders gefährdet sind Personen ohne nachobligatorischen Bildungsabschluss oder Menschen aus Drittstaaten außerhalb des EU-Raums.

Auch die Analyse der bestehenden Massnahmen zur Armutsprävention und -bekämpfung zeigt, dass insbesondere das Zusammenspiel von individueller und struktureller Ebene mit einer Erweiterung von Handlungsspielräumen und einer nachhaltigen Verringerung von Armutsriskiken verbunden ist. Sichtbar wird dies in einer ausgewogenen Kombination von personenbezogenen Massnahmen (z. B. Coaching, Beratung, Potenzialabklärungen, aktivierende Angebote) und strukturellen Massnahmen (z. B. Zugang zu Bildung, Betreuung, Gesundheit oder Rechtssystem).

Sozialpolitik in der Krise: Die Folgen der Coronapandemie



Emilie Rosenstein
**Professorin Hochschule für soziale
Arbeit und Gesundheit (HETSL),
Lausanne**



Naël Froehlich
**Forschungsbeauftragter Hochschule
für soziale Arbeit und Gesundheit
(HETSL), Lausanne**

Die Massnahmenpakete der öffentlichen Hand stützten sich häufig auf Akteure an vorderster Front, insbesondere Vereine und kleinere Organisationen. Diese sind mit den Bedürfnissen und Schwierigkeiten benachteiligter Bevölkerungsgruppen vertraut. Daraus lässt sich lernen: Die Sozialpolitik von morgen muss die Sichtweisen der Fachleute an der Basis, aber auch der Begünstigten, unbedingt und noch konsequenter berücksichtigen.

Die Coronapandemie war eine beispiellose Krise. Welche Lehren können wir mit mehreren Jahren Abstand daraus ziehen? Was hat sie uns über die Prekarität in der Schweiz und über die Reaktionsformen gezeigt?

Blinde Flecken der Sozialpolitik wurden sichtbar. Eine breite Palette von Massnahmen wurde ergriffen, die meisten allerdings vorübergehender Natur. Die Initiativen widerspiegeln die bekannten und grossen regionalen Unterschiede in der Schweizer Politik. Die Pandemie hat aber nicht nur Formen der Prekarität offenbart, sondern auch – dank eines gewissen politischen Willens – den Weg für neue Ansätze zur Armutsprävention geebnet. Bestehende Sozialsysteme wurden angepasst und teilweise auch ergänzt.

Positiv lässt sich bilanzieren: Die Sozialsysteme waren fähig, sich an neue Gegebenheiten und lokale Voraussetzungen auszurichten. Die Pandemie beschleunigte die Koordination zwischen Instanzen (verschiedener politischer Ebenen oder zwischen öffentlichen und privaten Akteuren). Bestimmte Verfahren wurden vorübergehend auch gelockert und der Rechtsrahmen angepasst, wodurch die Effizienz des sozialpolitischen Managements gesteigert werden konnte.

Die Pandemie hat aber vor allem auch die Grenzen des Zugangs zu Sozialleistungen aufgezeigt. Es wurde deutlich, wie vielen Personen es nicht möglich ist, bestimmte Rechte in Anspruch zu nehmen – einerseits wegen restriktiver Anspruchsvoraussetzungen, andererseits weil der Zugang zu kompliziert ist. Daneben zeigte sich auch, dass der Zugang zu Sozialleistungen nicht alles ist – diese müssen auch ausreichend bemessen sein, um eine würdige Existenzsicherung zu ermöglichen.

Soziales Frühwarnsystem? Die sozialpolitische Relevanz der Daten von NGOs



Oliver Hümbelin
**Professor Institut Soziale Sicherheit
und Sozialpolitik, Berner Fach-
hochschule (BFH)**



Ismail Mahmoud
Sozialarbeiter Caritas beider Basel



Rulla Sutter
**Doktorand*in,
Berner Fachhochschule**

In Zeiten sich überlagernder Krisen gewinnen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) an sozialpolitischer Bedeutung. Als niederschwellige Anlaufstellen für Menschen an der Armutsgrenze bieten sie direkte Unterstützungen in Notlagen und verfügen so über unmittelbare Einblicke in soziale Problemlagen. Sie werden deshalb zunehmend als «Frühwarnsystem» im System der sozialen Sicherung verstanden. Dieser Befund wiegt umso schwerer, als etablierte Instrumente der Armutdbeobachtung – etwa die Armutssstatistik – erst mit drei Jahren Verzögerung vorliegen und die Sozialhilfestatistik nur einen Teil der Armutbevölkerung erfasst.

Das Forschungsprojekt «Armut und Soziale Sicherheit», durchgeführt im Rahmen des nationalen Programms zu den Folgen der Covid-19-Pandemie (NFP-80), untersuchte erstmals systematisch das Datenpotential von NGOs am Beispiel von Caritas Schweiz. Neben einer Analyse der verfügbaren Daten wurden Expertengespräche mit Fallarbeitenden und der strategischen Ebene geführt. Zwei Leitfragen standen im Zentrum: Wie kann ein intelligentes Datenmanagement von NGOs dazu beitragen, die Mehrdimensionalität von Armut besser zu verstehen? Und welches Potential haben diese Daten für die Weiterentwicklung der Armutsbekämpfung?

Die Analyse zeigt, mit welchen Herausforderungen eine systematische Datenerfassung im Alltag von NGOs verbunden ist. Daten zu erheben braucht Zeit, die im Beratungsalltag knapp ist; zugleich stellen sich Fragen des Datenschutzes, der technischen Infrastruktur, der Abhängigkeit von Softwareanbietern und der finanziellen Ressourcen. Die Folge ist eine heterogene Datengrundlage, die eine präzise Herangehensweise bedarf. Schlussendlich konnten im Projekt zahlreiche Datensätze identifiziert werden, die wertvolle, zeitnahe Einblicke in die Lebenslagen armutsbetroffener Menschen ermöglichen.

So belegen die Auswertungen der Covid-19-Pandemie, dass über 100 000 Menschen – insbesondere in der frühen Pandemiephase – auf rasche unbürokratische Hilfe angewiesen waren und von Caritas unterstützt wurden. Die Analyse der Fallberatungsdaten zeigt zudem Veränderungen in der Vulnerabilität bestimmter Bevölkerungsgruppen, etwa von Personen mit Migrationshintergrund während der Pandemie und im Kontext jüngerer sozialstaatlicher Reformen, die den Zugang zu Leistungen erschweren. Ergänzend liefern die Umsatzzahlen der Caritas-Märkte nach Produktgruppen regionale Hinweise auf steigende Lebenshaltungskosten im Kontext der Teuerung, die in den Jahren 2021 und 2022 besonders ausgeprägt war.

Insgesamt verdeutlichen die Ergebnisse: Die Arbeit von Organisationen wie Caritas dokumentiert nicht nur individuellen Unterstützungsbedarf. Sie macht sichtbar, wie soziale Vulnerabilität entsteht, sich verändert und wo staatliche Unterstützung an Grenzen stösst. Damit liefern NGOs faktenbasierte Einsichten, die gesellschaftliche Entwicklungen frühzeitig erkennbar machen und eine wichtige Grundlage für sozialpolitische Debatten bilden. Um dieses Potential auszuschöpfen, braucht es ein ausgebautes, verlässliches Datenökosystem bei NGOs – als Teil einer demokratischen Infrastruktur, die die Lebensrealitäten armutsbetroffener Menschen zeitnah und umfassend berücksichtigt.

Recht und Wirklichkeit in der Sozialhilfe



Pascal Coullery
Dozent Berner Fachhochschule



Melanie Studer
**Dozentin Hochschule für
Soziale Arbeit, Luzern**

innerhalb eines föderalistisch geprägten Systems minimieren? Diesbezügliche Optimierungsvorschläge, die voraussichtlich auf verschiedenen Ebenen ansetzen, werden den Abschluss des Forschungsprojekts bilden.

Rund ein Viertel der Personen, die Anspruch auf Sozialhilfe haben, machen diesen nicht geltend, d.h. sie mobilisieren ihn nicht. Ausgehend von dieser Feststellung geht ein Forschungsprojekt des Schweizerischen Nationalfonds der Frage nach, inwieweit das kantonale Sozialhilferecht selbst die Inanspruchnahme einer sozialhilferechtlichen Leistung fördert bzw. hindert.

Um diese Frage zu beantworten, haben die Forschenden 10 Indikatoren mit rund 30 Teilindikatoren entwickelt, die einen Vergleich der 26 kantonalen Gesetzgebungen in ihrer vermuteten Mobilisierungswirkung erlauben. Die vorgenommene Normenanalyse erstreckt sich dabei auf diejenigen Regelungsbereiche, die den Kern jeder sozialhilferechtlichen Ordnung ausmachen: die Leistungen (u.a. die Höhe der wirtschaftlichen Hilfe oder der Zugang zu persönlicher Hilfe), die Rechte und Pflichten (u.a. die Ausgestaltung der Rückerstattungspflicht oder der Sanktionen), das Verfahren (u.a. die Einleitung des Verfahrens oder die Ausgestaltung des Rechtsmittelverfahrens), die Organisation (u.a. die kommunale, regionale oder kantonale Organisation oder der Zugang zu professionellen Sozialdiensten) und die Finanzierung (u.a. die Frage nach einem innerkantonalen Lastenausgleich).

Dieser Vergleich zeigt grosse Unterschiede zwischen den kantonalen Sozialhilfegesetzgebungen auf, die teils ausgeprägt mobilisierungsfördernd teils ausgeprägt mobilisierungshindernd ausfallen. Bestätigen sich die Annahmen dieser Normenanalyse in einer Untersuchung der Praxis, indem Weisungen, Handbücher und Gerichtsurteile analysiert und u.a. armutsbetroffene Personen und Sozialarbeitende interviewt werden, stellen sich zwei Anschlussfragen: Inwieweit sind die festgestellten Unterschiede in der Ausgestaltung einer Leistung, die das soziale Existenzminimum sicherstellen soll, sozialpolitisch, aber auch in einer verfassungsrechtlichen Perspektive vertretbar? Und wie lassen sich diese Unterschiede



Mathias Reynard

Staatsrat Wallis, Vorsteher des Departements für Gesundheit, Soziales und Kultur, Präsident Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK)



Monika Maire-Hefti

Präsidentin Caritas Schweiz



Patricia von Falkenstein

Nationalrätin Liberal-Demokratische Partei, Basel



Peter Lack

Direktor Caritas Schweiz



Marco Salvi

Senior Fellow und Projektleiter, Avenir Suisse



Fabian Saner

Verantwortlicher Sozialalmanach und Forum



Claudia Schwarz Farhat

Sozialversicherungsfachfrau und von Familienarmut betroffen



Inés Mateos

Moderation

Digitales Tagungsdossier



Ihr Feedback zum Caritas-Forum 2026

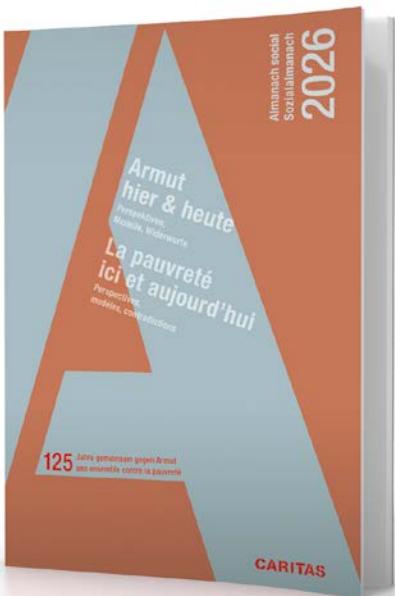
Vielen Dank für Ihre Mithilfe.



Neu im Caritas-Verlag

Sozialalmanach 2026

Das Caritas-Jahrbuch zur sozialen Lage



Die Anzahl Menschen in prekären finanziellen Verhältnissen nimmt seit Jahren zu. Dabei orientiert sich die Armutsgrenze an einem sehr tiefen Existenzminimum, das soziale Teilhabe nicht garantiert. Familien geraten durch stetig steigende Wohnkosten und Krankenkassenprämien immer stärker ans Limit. Viel zu viele Kinder sind von Armut betroffen. Und trotz alledem: Eine konsequente Armutspolitik fristet in der Schweiz nach wie vor ein Schattendasein; es dominieren Sparzwänge und sozialpolitische Grabenkämpfe. Der armutspolitische Ist-Zustand ist unhaltbar.

Der Sozialalmanach 2026 macht die Auslegeordnung zu Armut und Armutsbekämpfung – heute und in Zukunft. Wir stellen das neue Armutsmonitoring des Bundesrats vor und ordnen es aus Sicht von Caritas sozialpolitisch ein. Beiträge beleuchten Kinderarmut, das Reformmodell der allgemeinen Erwerbsversicherung oder Prekarität in Bergregionen. **Zum 125-Jahr-Jubiläum von Caritas Schweiz liegt ein Schwerpunkt auf verschiedenen Perspektiven auf Armut in der Schweiz: politischen, essayistischen, persönlichen.** Griffig und auf den Punkt gebracht: durch Aktive in Politik, Forschung und Zivilgesellschaft.

Armut hier & heute. Perspektiven, Modelle, Widerworte Sozialalmanach 2026

Das Caritas-Jahrbuch zur sozialen Lage
Caritas-Verlag, Luzern, Januar 2024 / 200 Seiten /
29 Franken (Buch); 25 Franken (E-Book)
Konzept und Redaktion: Fabian Saner, Mitarbeit: Nicolas Couchebin.
Bestellung unter: www.caritas.ch/shop /
Telefon 041 419 24 19, E-Mail: shop@caritas.ch
Auch als E-Book (PDF) erhältlich.
In allen Buchhandlungen via ISBN: 978-3-85592-203-1



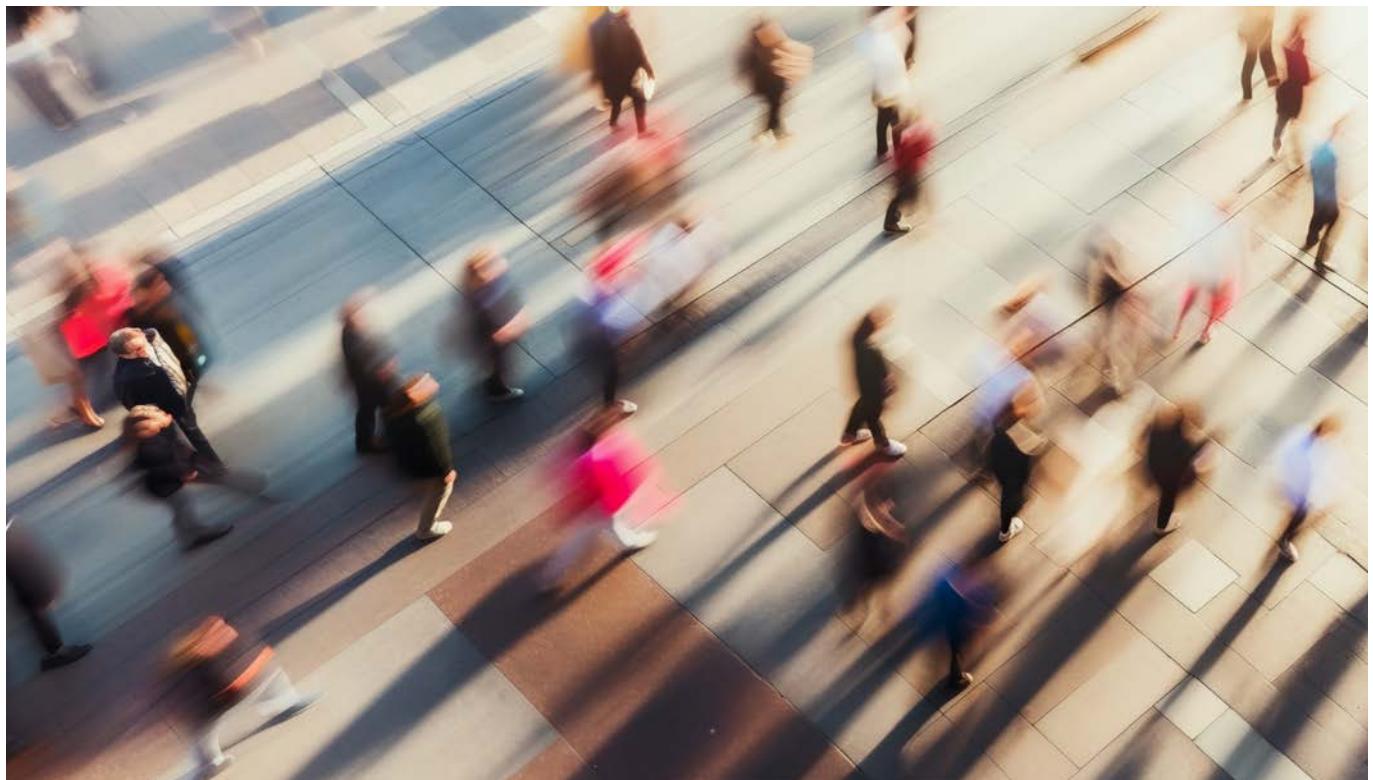
Buch bestellen



E-Book (PDF) bestellen

Neue Webplattform der Caritas

Fakten und Hintergründe zur Armut in der Schweiz



Armut ist kein Randphänomen. 1,4 Millionen Menschen gelten in der Schweiz als armutsbetroffen oder armutsgefährdet. Aber wann spricht man von Armut? Was heisst es, in der reichen Schweiz arm zu sein? Wer ist davon betroffen und wie genau? Was kann die Politik gegen Armut tun? Auf einer neuen Webplattform bietet Caritas Schweiz fachlich fundierte Antworten mit Erklärungen, Fakten, Zahlen und Fallbeispielen aus unserer täglichen Arbeit mit Menschen, die von Armut betroffen sind.

Die Webplattform ist eine Ergänzung zum neuen Armutsmonitoring des Bundes, bietet einen kompakten Überblick sowie eine Einordnung aus der Sicht der Caritas. Sie enthält auch Erkenntnisse aus langjähriger Grundlagenarbeit und Forschung und zeigt politische Massnahmen auf, die darauf abzielen, die Lebensbedingungen von armutsbetroffenen und -gefährdeten Menschen in der Schweiz zu verbessern.



www.caritas.ch/armutsplattform

Merken Sie sich bereits jetzt vor:

Forum 2027

Freitag, 29. Januar 2027

Die sozialpolitische Tagung der Caritas

*Armut
hier & heute*
Perspektiven,
Modelle, Widerworte

*La pauvreté
ici et aujourd’hui*
Perspectives,
modèles, contradictions

125 Jahre gemeinsam gegen Armut
ans ensemble contre la pauvreté

Inhalt

Peter Lack, Fabian Saner Vorwort/Avant-propos	7	GESPRÄCH	
		Solidarität in der Sozialen Arbeit	97
		Mandy Abou Shoak und Fabian Saner «Solidarität ist kein Fluchwort – sie gibt Haltung und Richtung»	99
Grundlagen, Modelle, Visionen der Existenzsicherung	15	Welche Armutsbekämpfung für welche Armut?	115
Anna Koukal Die Knergebnisse des nationalen Armutsmonitorings	17	Fabian Saner Projekte und Politik. Caritas Schweiz und die Armutsbekämpfung, 1990 bis 2020	117
Laura Brechbühler Das nationale Armutsmonitoring aus Sicht von Caritas Schweiz	29	Patricia von Falkenstein Kinderarmut muss zuoberst auf die politische Agenda	133
Nina Peier und Stefan Schlegel Von politischen Zielen und persönlichen Rechten: Zum Beitrag der Menschenrechte gegen die Armut	39	Naël Froehlich, Maëlle Meigniez, Anja Tamò Gafner, Emilie Rosenstein Politiques sociales et précarité : qu'avons-nous appris de la pandémie de COVID-19 ?	141
Ruth Gurny und Beat Ringger Die AEV^{plus}: Für alle und für alle Fälle	47	Markus Bieri Armut und das gute Leben in den Bergen	151
ESSAYS I		ESSAYS II	
Ist Armut vorgesehen? Oder: «Sprachen» der Armut	59	Armut, Überfluss und die Folgen	165
Annette Hug im Gespräch mit Ryn Hug Vokabular für ein reiches Leben	60	Catherine Lovey Un hold-up sans armes, sans menaces, sans bras en l'air	166
Pascal Janovjak L'esprit de pauvreté	72	Bruno Fuchs Scham – die stille Begleiterin	182
Yari Bernasconi Non tolleriamo insediamenti abusivi	80	Benjamin von Wyl Dass man im Wasser landet, ist nicht vorgesehen: Über Armut und reiche Gesellschaften	192
Migmar Dolma Eine gewöhnliche Zugfahrt	90		

Eine gewöhnliche Zugfahrt

Migmar Dolma

[90]

Sangmo ist kalt an diesem Morgen, eigentlich will sie an nichts denken, einfach zur Arbeit fahren und hinaus auf den See blicken. Der See ist schmal. So schmal, dass er sie auf die andere Seite tragen könnte zu den weissen Einfamilienhäusern, zum Kirchturm mit seinen goldenen Zeigern. Die Hügel mit Waldflecken liegen gefaltet übereinander. Die ersten Sonnenstrahlen kämpfen sich durch die graue Wolkendecke und werfen ein wenig Licht auf die andere Seeseite. Vielleicht hätte Sangmo bemerkt, dass es hier auf ihrer Seite noch dunkel ist. Die Berge hinter dem See würden ihr den Anschein geben, dass sie zum Greifen nahe wären, doch der Schnee auf ihren Spitzen offenbart die weite Distanz. An diesen Anblick hatte Sangmo sich nie gewöhnt und selbst an einem eisigen Novembermorgen würde sie das denken, was sie oft dachte: «Wenn ich hier gelandet bin, habe ich im Leben doch nicht so viel falsch gemacht.»

Doch sie steigt an diesem Morgen in das untere Zugabteil und lässt die Welt an sich vorbeiziehen.

Neuhundertachtzig Franken im Minus und es ist erst der zehnte des Monats
bleiben ihr noch, bis kein Geldschein mehr aus dem Bankomaten kommen wird? Seit sie an der Kasse in der Migros mit der Bankkarte bezahlen wollte und dann die Hälfte ihres Einkaufs zurückgeben musste, hat sie es sich zur Gewohnheit gemacht, vor dem Einkaufen beim UBS-Bankomaten neben der Bahnhofsunterführung

Neuhundertachtzig Franken im Minus und es ist erst der zehnte des Monats

[91]

anzuhalten. Sie parkierte vor der Bank und bat ihre Tochter darum, im Wagen zu warten. Jeden Monat war es anders. Sangmo wusste nie, ab welchem Punkt der Bankomat

Sobald die Aufforderung nach dem PIN erschien, gab sie ihn schnell ein, als ob dies dem Bankomaten die Zeit rauben würde, später ein negatives Urteil zu fällen

[92] Betrieb war. Sangmo ging hinein an den Schalter und erkannte am Gesichtsausdruck der jungen Angestellten, was sie von ihr hielt, nachdem sie am Monitor ihren Kontostand gesehen haben musste. Deshalb war sie erleichtert, wenn der Bankomat überhaupt funktionierte. Sie hielt den Atem an, bevor sie die Karte einführte. Sobald die Aufforderung nach dem PIN erschien, gab sie ihn schnell ein, als ob dies dem Bankomaten die Zeit rauben würde, später ein negatives Urteil zu fällen. Das Spiel begann damit, dass Sangmo als Erstes auf hundert drückte. Wenn die Maschine nicht rumorte, als würde sie Geldscheine zählen, wusste sie, dass gleich die Karte ausgespuckt wird – ohne den Hunderterschein. Ihre Hand wurde ein wenig zittrig, wenn sie die Karte erneut einführte und auf fünfzig drückte. Fünfzig würden für einen Wocheneinkauf noch ausreichen. Mit fünfzig konnte sie bei der Migros eine ganze Einkaufstasche füllen. Wenn

keine Scheine mehr herausrücken würde. Manchmal entschied der Bankomat bei neunhundertachtzig Franken im Minus den Schlussstrich zu ziehen und manchmal, wenn sie Glück hatte, erst bei tausendvierhundert Franken. Sie konnte dahinter kein Muster erkennen und fühlte sich der Willkür des Bankomaten ausgeliefert, als würde er sich aus ihrer Misere ein Spiel machen. Es kam einmal vor, dass der Bankomat ausser

[93] der Geldautomat nicht einmal das hergeben wollte, drehte sie sich kurz um und versuchte beiläufig zum Parkplatz zu schauen. Wenn der Blick ihrer Tochter sie traf, wandte sich Sangmo schnell zurück, um die Verunsicherung, die sie nicht mehr überspielen konnte, nicht zu entblössen. Dann drückte sie als Letztes auf die Zwanzigernote. Mit den zwanzig Franken würde sie zwei, manchmal sogar drei Tage lang ein warmes Abendessen auftischen können. Ihre Tochter schien keinen Unterschied zu bemerken zwischen dem Pausenbrot mit Fleischkäse und dem mit Marmelade. Wenn sie auf zwanzig drückte, bemerkte sie nicht, wie ihre Lippen die Mantras im Schnelldurchlauf flüsterten. Sangmo war überzeugt, dass die Maschine ihre Angst spürte und ihre Angespanntheit genoss. Der Automat schien das Urteil nun um ein paar Sekunden zu verzögern. Wenn die Karte dann herauskam und der grüne Blinker anging, um ihr zu sagen, sie solle die Karte entnehmen, schaute sie längst nicht mehr auf den Monitor, auf dem «Saldo zu klein» erschien. Sangmo schloss stattdessen kurz ihre Augen und wartete, bis das Zittern der Hand nachliess und kehrte zurück zum Wagen. Ihrer Tochter sagte sie mit einer ruhigen Stimme: «Wir müssen kurz zu deiner Tante fahren, der Bankomat hat heute irgendeine Störung.» Die Stille im Wagen war jedoch ein Hinweis darauf, dass ihre Tochter wusste, dass ihre Mutter das Spiel gegen den UBS-Bankomaten eben verloren hatte.

Sangmo schaut aus dem Fenster und gleitet über die braunen Zugschienen und Steine. Sie fühlt sich wohl, dem Boden so nahe.

Es ist erst der zehnte und schon wieder ist der Saldo im Minus. Wie konnte es diesmal passieren? Sangmo denkt an das gelbe Postbüchlein. Heute Abend wird sie sich nochmals hinsetzen und alles nochmals ausrechnen, etwas muss ihr entgangen sein.

«Wir treffen am Hauptbahnhof Zürich ein. Ausstieg auf der linken Seite.» Die Durchsage reisst sie kurz aus ihren Gedanken. Sie steigt aus und geht zum Gleis 41. Der Anschlusszug scheint heute pünktlich zu sein. Hauptsache, sie hat die Miete bezahlt. «Deine Mutter hat eine Arbeit, deine Mutter ist stark. Du wirst nie auf der Strasse landen.» Diese Worte sagte sie zu ihrer Tochter, nachdem sie von der Tante, die in Wirklichkeit nur eine Bekannte war, einen Hunderterschein ausgeliehen hatte.

[94]

Als Sangmo am Gleis 41 auf den Zug wartet, ist es sieben Uhr fünf. Sie starrt an die dunkle Wand gegenüber und setzt sich auf die Bank. Über ihr hängt ein Werbeplakat. Es sind drei Frauen in Bademänteln zu erkennen. Sie lächeln mit einer Tasse Tee in der Hand und geschlossenen Augen gegen die Sonne. Gross steht darüber: «Unabhängig bleiben – genau darum geht's! Seien Sie clever und finden Sie heraus, wie Sie Ihr Vermögen anlegen können. UBS. Ihre Bank.»

Ein paar Minuten später fährt der Zug ein und Sangmo steigt zu.

[95]

Migmar Dolma ist Autorin und politische Aktivistin.



Die Vision von Caritas ist eine Welt geprägt von Solidarität, Gerechtigkeit und Frieden. In dieser Welt finden alle Menschen faire Lebensbedingungen vor und können ihr Potenzial selbstbestimmt entfalten. Diese Werte, die unsere Arbeit anleiten, sind in den Menschenrechten verankert, aber auch in der katholischen Soziallehre, die ein wichtiger Ausgangspunkt für die Gründung der Caritas vor 125 Jahren war.

Caritas-Standpunkt zur wachsenden Ungleichheit in der Schweiz

Armut und Reichtum: Gibt es neben einem «Zuwenig» auch ein «Zuviel»?

Das Wohl des Menschen steht im Zentrum

Neben dem Prinzip, dass der Mensch und seine Würde im Zentrum stehen, leiten ganz besonders folgende Prinzipien der Soziallehre unsere Arbeit:

Solidarität: Ob das Wohl aller Menschen im Fokus steht, zeigt sich daran, wie wir den Umgang mit Benachteiligten gestalten. Wer kommt zu kurz? Wie tragen wir als Gesellschaft Sorge für die Benachteiligten? Erlauben unsere Strukturen faire Chancen für alle Menschen? Das Solidaritätsprinzip erinnert daran, dass wir alle Teil einer Gemeinschaft sind. Es verpflichtet zu Gegenseitigkeit und Verantwortung.

Gemeinwohl: Das Gemeinwohlprinzip erfordert, dass es allen gut geht. Dies bedeutet, dass die Schere zwischen jenen, die viel haben, und jenen, die weniger haben, nicht zu gross wird. Das Wohl aller misst sich daran, dass nicht die einen übermäßig profitieren, während andere übermässige Lasten tragen müssen.

Nachhaltigkeit: Entwicklungen von heute dürfen die Möglichkeiten späterer Generationen nicht gefährden, ihren eigenen Lebensstil zu wählen und Bedürfnisse zu befriedigen. Dies betrifft nicht nur Umwelt und Ökologie. Auch die Wirtschaft ist gefordert nachhaltig zu handeln. Auf gesellschaftlicher Ebene sollen alle, die von einer Massnahme direkt betroffen sind, mitbestimmen und am Nutzen teilhaben können.

Die zunehmende Ungleichheit muss uns beunruhigen

Die wachsende Ungleichheit weltweit und in der Schweiz bereitet uns als Caritas grosse Sorgen. Sie steht in totalem Gegensatz zu unseren grundlegenden Werten und unserer Vision einer Welt und einer Schweiz ohne Armut.

Die Geschichte unseres Landes zeigt die Bedeutung von Freiheit, Subsidiarität und demokratischer Willensbildung für den Erfolg und das Wohlergehen einer Gesellschaft. Zu einer erfolgreichen, funktionierenden Gesellschaft gehört aber auch die Verantwortung gegenüber den Schwächsten, wie sie unsere Bundesverfassung bereits in der Präambel proklamiert. Nur eine Gesellschaft, die von all ihren Mitgliedern getragen wird, die faire wirtschaftliche und soziale Chancen ermöglicht und zu der alle Menschen beitragen können, ist eine starke Gesellschaft.

Während wenige Menschen viel Geld und Einfluss haben, ist es für immer mehr Menschen schlicht nicht möglich, an der Gesellschaft teilzuhaben, geschweige denn zur Gesell-

schaft beizutragen. So zum Beispiel Eltern, die in mehreren prekären Jobs gleichzeitig arbeiten und ihre Familie trotzdem kaum über Wasser halten können. Und deren Kinder sehr früh lernen, dass sie nicht die gleichen Möglichkeiten haben wie ihre Kameradinnen und Kameraden. Oder Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen, die ständig um staatliche Unterstützung und für ein Leben in Würde kämpfen müssen. Das sind Beispiele, die wir bei Caritas täglich sehen.

Überreichtum steht im Gegensatz zu Solidarität, Gemeinwohl und Nachhaltigkeit

Für Caritas ist klar: Wir müssen über die zunehmende Ungleichheit reden. Wir müssen darüber reden, warum die grosse Ungleichheit für unsere Gesellschaft schädlich ist.

Zu viel Ungleichheit schadet dem sozialen Zusammenhalt und der Demokratie

Unsere Gesellschaft ist auf ein funktionierendes Miteinander angewiesen. Wächst die soziale Kluft spürbar, sinkt das Zusammengehörigkeitsgefühl. Menschen, die von Armut betroffen sind, berichten besonders häufig davon, dass ihr Umfeld auf sie herabsieht. Umgekehrt erfahren reiche Menschen eher soziale Wertschätzung. Das Paradigma unserer Leistungsgesellschaft ist nach wie vor: Wir sind selbst für unsere finanzielle Lage verantwortlich. Wenn sich Menschen mit wenig Geld nicht eigenständig aus der Armutssfalle befreien können und auf strukturelle Hürden stossen, kann das zu einer Entfremdung von der Gesellschaft und den politischen Institutionen der Schweiz führen. Umfragen zeigen, dass das Vertrauen in politische Institutionen in der Schweiz bei Personen mit niedrigen Einkommen tiefer ist als bei jenen mit höheren Einkommen.

Extremer Reichtum untergräbt das demokratische Grundprinzip «Eine Person, eine Stimme». Sehr reiche Menschen können Parteien, Personen und Kampagnen finanzieren. Extremer Reichtum bei Wenigen bedroht auch die unabhängige, freie Presse. Weltweit kaufen Überreiche Medienunternehmen, beeinflussen und kontrollieren aktiv die öffentliche Verbreitung von Informationen. In der Schweiz ist diese Tendenz (noch) nicht so ausgeprägt wie in den USA oder Grossbritannien. Die zunehmende Konzentration der grossen Titel in wenigen Medienhäusern und der Einfluss weniger Vermögender ist aber ebenfalls zu beobachten.

Ungleiche Gesellschaften sind weniger erfolgreich

Grosse Ungleichheit beeinflusst die wirtschaftliche Produktivität eines Landes negativ. Das zeigen unter anderem Studien des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Organi-

sation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Die Gründe sind vielfältig: Einerseits können Menschen mit wenig Geld weniger konsumieren. Das kann das Wirtschaftswachstum bremsen. Andererseits ist der Zugang zu Bildung oder zum Arbeitsmarkt namentlich für Einkommensschwache oft eingeschränkt. Der Wirtschaft geht dadurch enormes Potenzial verloren. Und schliesslich führt eine grosse Kluft zwischen Arm und Reich oft zu politischer Instabilität, was die Wirtschaftsleistung ebenfalls hemmt. Ungleichheit beeinflusst aber nicht nur die Wirtschaftsleistung. Für reiche Länder gilt auch: Je ungleicher Wohlstand in einer Gesellschaft verteilt ist, desto schlechter ist der durchschnittliche Gesundheitszustand der Bevölkerung.

Die Konzentration von extremem Reichtum bei Wenigen ist auch äusserst ineffizient. In der Schweiz fehlen der öffentlichen Hand die Mittel, um grundlegende Aufgaben wie die soziale Sicherheit oder das Bildungssystem ausreichend zu finanzieren. Eine wirksame und sozialverträgliche Klimapolitik bedingt ernsthafte staatliche Investitionen. Würden hohe Vermögen effektiv besteuert, müsste der Staat keine Sparpakete beschliessen. Er hätte genug Geld, die grossen Herausforderungen anzugehen und den Service Public ausreichend und bedarfsgerecht zu finanzieren – einen Service Public, auf den wir in unserem Land zu Recht stolz sind. Was passiert, ist leider das Gegenteil. In den vergangenen Jahren wurden in vielen Kantonen die Steuern für hohe Vermögen und grosse Unternehmen gesenkt. Das Geld konzentriert sich zunehmend bei wenigen sehr reichen Personen.

Grosse Ungleichheit verhindert eine wirksame Armutsbekämpfung

Politische Entscheide, von denen Bessergestellte profitieren (z. B. Steuersenkungen für hohe Einkommen oder Vermögen), führen direkt dazu, dass Geld für Investitionen in Bildung oder für Sozialleistungen fehlt. So bleiben zentrale öffentliche Investitionen in die Zukunft aus oder sind unterfinanziert. Eine Privilegierung von Reichen und von Armen ist nicht gleichzeitig möglich. Die Vorstellung, dass Reiche, wenn wir es ihnen mit Steuersenkungen erlauben, noch reicher zu werden, das zusätzliche Kapital primär so investieren, dass mehr Arbeitsplätze geschaffen werden und es allen besser geht, ist seit langem widerlegt. Nicht nur zahlreiche Studien, sondern auch der IWF ist zum Schluss gekommen, dass «Trickle-down» nicht funktioniert: Steuersenkungen für Reiche führen zu mehr Ungleichheit und haben weder einen signifikanten Effekt auf das Wirtschaftswachstum noch reduzieren sie die Arbeitslosigkeit.

Die Privilegierung der Reichen zeigt sich auch beim Recht: Wer wenig hat, für den oder die ist auch wenig geschützt. Soziale Rechte, die für ärmere Menschen zentral sind, sind nicht direkt einklagbar, während Eigentum rechtlich gut geschützt

ist. Gleichzeitig ist es für benachteiligte Menschen generell schwierig, ihre Rechte durchzusetzen. Ein Rechtsverfahren kostet Geld und Zeit.

Es ist moralisch falsch, wenn Wenige sehr viel Geld besitzen, während Viele nicht genug zum Leben haben

Menschen, die überreich sind, haben viel mehr Geld, als sie brauchen, um ein angenehmes Leben zu führen. Auch wenn sie mehrere Häuser besitzen, ihre Kinder die besten Universitäten besuchen und sie sich die teuerste Gesundheitsversorgung leisten, bleibt noch sehr viel Geld übrig. Gleichzeitig haben viele Menschen zu wenig Geld fürs Nötigste, für eine anständige Wohnung, gesundes Essen, eine zahnärztliche Behandlung. Sie müssen oft gar regelrecht dafür kämpfen, dass sie staatliche Unterstützung erhalten. Das ist nicht zu rechtfertigen. Ganz abgesehen davon, dass ein Grossteil des Reichtums auch mit moralisch fragwürdigen Geschäftspraktiken (bspw. der Ausbeutung von Arbeitskräften oder klimaschädlicher Tätigkeiten) zustande kam oder durch «Steueroptimierungen» vermehrt wurde.

Privater Erfolg basiert auch nicht einfach auf individueller Leistung. Erstens starten viele Überreiche bereits mit einem Vorteil, beispielsweise mit einem grossen Erbe oder mit Zugang zu besserer Bildung. Es herrscht also keine Chancengleichheit. Und zweitens wäre es nicht möglich, reich zu werden, ohne öffentliche Güter und Infrastruktur in Anspruch zu nehmen und durch staatliche Institutionen geschützt zu sein. Viele technische und medizinische Erfolge beispielsweise wären ohne staatliche Förderung nicht möglich gewesen. Zudem wahrt der Staat das geistige Eigentum und bietet Rechtssicherheit. Ein stabiler Staat (und eine stabile) Gesellschaft sind also Garant dafür, dass (Über-)Reichtum erst entstehen konnte und weiter entstehen kann.

Gibt es ein «Zuviel» an Reichtum?

Aus all diesen Gründen müssen wir nicht nur dringend eine weitere Zunahme der Ungleichheit verhindern, sondern auch damit beginnen, diese zu reduzieren.

Wir müssen als Gesellschaft darüber sprechen, ob es neben einem «Zuwenig» auch ein «Zuviel» gibt. Gibt es eine Grenze, ab der ein Mensch zu reich ist? Bei der es ethisch nicht mehr gerechtfertigt ist, dass eine Einzelperson noch mehr Geld anhäuft, obwohl sich ihr Lebensstandard deshalb nicht mehr signifikant verbessert, während gleichzeitig Millionen von Menschen kaum genug zum Leben haben?

Wenn wir dieses Geld, das Überreiche gar nicht brauchen, ins Gemeinwohl investieren würden, wäre für alle (inklusive die Überreichen) viel gewonnen: Wenn der Staat die Güter und Dienstleistungen, die alle brauchen, in guter Qualität bereit-

stellt, dann brauchen Familien weniger Geld für Gesundheit, Wohnen und Bildung. Wenn der Zugang zum Recht für alle gewährleistet ist, unabhängig von finanziellen Ressourcen, dann haben alle die gleichen Chancen, ihre Rechte wahrzunehmen und durchzusetzen. Und wenn der Staat eine würdige Existenzsicherung für alle Menschen garantiert, unabhängig vom Grund für den Bedarf, dann braucht niemand grosse Summen fürs Rentenalter oder für den Fall einer Erwerbsunfähigkeit zurückzulegen. Oder anders gesagt: Wenn dank guter öffentlicher Institutionen die Bürgerinnen und Bürger gut abgesichert sind, bezahlbarer Wohnraum, gute öffentliche Bildungsstätten und eine bezahlbare Gesundheitsversorgung bereitgestellt sind und alle Menschen ihre Rechte durchsetzen können, dann besteht kein Grund, Geld zu horten.

Diese Argumente beziehen sich in erster Linie auf die Schweiz. Gleichzeitig ist die enorme Ungleichheit nicht nur innerhalb unseres Landes ein grosses Problem; Ursachen und Folgen sind global. Eine drastische Reduktion von Überreichtum ist nicht zuletzt dringend nötig, wenn wir die Klimakrise lösen wollen. Klimaschädliche Emissionen hängen direkt mit dem Einkommen zusammen: Je mehr Geld ein Mensch besitzt, desto mehr Emissionen verursacht im Durchschnitt sein Lebensstil. Vor allem das reichste Prozent verantwortet mit Konsum, aber auch mit Investitionen enorm viele Umweltschäden – und zwar immer mehr. Gleichzeitig sind es die Ärmsten, vor allem im globalen Süden, die am meisten unter der Klimakrise leiden.

Anhang: Zahlen und Fakten zur Ungleichheit in der Schweiz

Zahlen und Fakten zu Ungleichheit in der Schweiz

Einkommensungleichheit

Die Schere öffnet sich

Von 1982 bis 2021 hat bei den Erwerbseinkommen eine Umverteilung nach oben stattgefunden: Die Top 0,1 Prozent haben ihre Einkommen vervierfacht, das oberste Prozent knapp verdreifacht. Demgegenüber blieben die unteren und mittleren Einkommen deutlich zurück: Die untersten 20 Prozent legten um das 2,5-fache zu, der Medianlohn verdoppelte sich.¹ Konkret zeigt sich im Jahr 2023 bei den verfügbaren Einkommen²:

- Die untersten zehn Einkommensprozent verfügten im Schnitt über 26 086 Franken Einkommen pro Jahr
- Die obersten zehn Prozent über 95 510 Franken
- Das Medianeinkommen lag bei 51 973 Franken (die Hälfte verdient weniger, die andere Hälfte mehr)

Im internationalen Vergleich

Die Schweiz befindet sich bei der Einkommensungleichheit im Mittelfeld der OECD-Länder. Gemessen wird die Ungleichheit in der Regel mit dem Gini-Index (Skala von 0 bis 100: je höher, desto ungleicher). Im Jahr 2023 lag der Gini-Index des verfügbaren Einkommens in der Schweiz bei 31,5. Damit liegt die Schweiz über dem Durchschnitt der EU (29,6) sowie über Frankreich (29,8), Deutschland (28,8) und Österreich (27,8).³

Lebenshaltungskosten verschärfen die Ungleichheit

Offizielle Statistiken erfassen die Ungleichheit nach Steuern und Transferleistungen, aber nicht die Unterschiede bei den Lebenshaltungskosten. Der Gini-Index liegt bei 42,2 statt 31,1, wenn Wohnkosten, Krankenkassenprämien und Alltagsauslagen berücksichtigt werden. Die offizielle Statistik unterschätzt die Ungleichheit um mehr als 10 Punkte. Das liegt daran, dass ärmerle Haushalte im Verhältnis zu ihrem Einkommen viel mehr Geld ausgeben für Wohnen, Krankenkassenprämien und Alltagsauslagen.⁴

Steuerbelastung nach Einkommen

Die Steuerbelastung hoher Einkommen ist seit 1984 gesunken, während mittlere Einkommen gleich oder stärker belastet werden. In neun Kantonen ist die Steuerlast für mittlere Einkommen leicht gestiegen.⁵

Vermögensungleichheit

Zunehmender Abstand

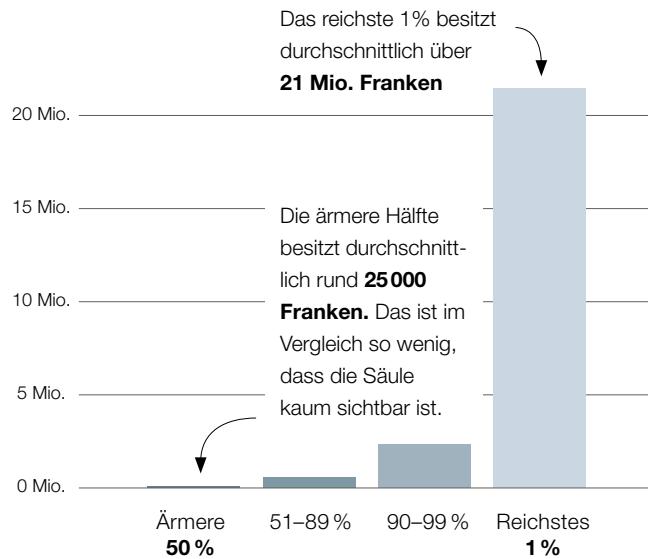
Die steigende Ungleichheit zeigt sich vor allem bei den Vermögen. Von 2003 bis 2015 steigerte das reichste Vermögensprozent sein Vermögen um 43 Prozent, während die Vermögen der unteren drei Viertel nur um 18,6 Prozent zulegten. Doch auch innerhalb dieser unteren drei Viertel konzentriert sich das Wachstum bei jenen mit höheren Vermögen.⁶ Dieser Trend wurde lediglich im Jahr 2020, dem ersten Jahr der Covid-19 Pandemie, kurz unterbrochen. Seither nimmt die Vermögensungleichheit weiter zu.⁷

Fast die Hälfte in einer Hand

Das reichste Prozent der Schweizer Wohnbevölkerung besitzt ohne Einbezug des Vorsorgevermögens⁸ über 45 Prozent – also fast die Hälfte! – des Gesamtvermögens.⁹ Selbst wenn man das Vorsorgevermögen einbezieht, besitzt das reichste Prozent im Jahr 2023 noch 31,4 Prozent des Gesamtvermögens.¹⁰ Damit besitzt das reichste Prozent im Schnitt 800-mal mehr als die ärmere Hälfte der Bevölkerung.¹¹ Die Hälfte der Erwachsenen verfügt nur über wenige Ersparnisse, besitzt kein Vermögen oder ist sogar verschuldet.¹²

Durchschnittsvermögen verschiedener Bevölkerungsgruppen in Franken

2023



Quelle: Tages Anzeiger, Daten: World Inequality Database

Besteuerung von Vermögen

Vermögen werden in der Schweiz seit 1959 nur noch auf kantonaler Ebene besteuert. Seit 1969 wurden die Vermögenssteuersätze deutlich gesenkt: Der durchschnittliche Höchstsatz sank von 0,73 auf 0,49 Prozent (2018). Diese Senkungen erklären rund ein Fünftel des Anstiegs der Vermögenskonzentration der reichsten 1 Prozent.¹³

Internationale Spitze

Bei der Vermögensungleichheit führen die Schweiz und die USA und liegen deutlich über dem OECD-Durchschnitt:¹⁴

	Top 1 Prozent	Top 10 Prozent
OECD-Durchschnitt	besitzt 18 Prozent	besitzen 52 Prozent
Schweiz	besitzt 45 Prozent	besitzen 78 Prozent ¹⁵
USA	besitzt 42 Prozent	besitzen 79 Prozent
Deutschland	besitzt ca. 35 Prozent (korrigierte Daten mit Übersampling der Reichen)	besitzen 60 Prozent
Niederlande	besitzt 28 Prozent	besitzen 68 Prozent

Erbschaften verstärken Ungleichheit

2025 werden in der Schweiz schätzungsweise 100 Milliarden Franken vererbt. Das ist mehr als das Doppelte der jährlich ausbezahlten AHV-Renten. Erbschaften von über 1 Million Franken gehen zu zwei Dritteln an die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung. Ein Drittel geht an 90 Prozent der Bevölkerung.¹⁶

Die Besteuerung von geschenktem oder vererbtem Vermögen wurde seit 1990 in vielen Kantonen massiv gesenkt.¹⁷ Schwyz hatte seit jeher keine Erbschaftssteuer und Obwalden schaffte sie 2017 ab. Lediglich vier Kantone erheben noch eine Erbschaftssteuer für direkte Nachkommen: Appenzell Innerrhoden, Luzern, Neuenburg sowie Waadt. Auf Bundesebene gibt es keine Erbschaftssteuer.¹⁸

«Kohlenstoff-Ungleichheit» (Carbon Inequality)

Wohlstand belastet das Klima

Je mehr Geld ein Mensch besitzt, desto mehr Emissionen verursacht im Durchschnitt sein Lebensstil. Dieser Zusammenhang gilt für alle Länder der Welt, auch für die Schweiz. Der Beitrag des reichsten Prozents an die weltweiten Emissionen ist seit 1990 deutlich angestiegen.¹⁹

Alle Schweizer Haushalte überschreiten das Paris-kompatible Emissionsniveau, die Reichen jedoch besonders drastisch, nämlich um das Zehnfache. In Zahlen (pro Kopf und Jahr):²⁰

- Reichste 10 Prozent: 18,7 Tonnen CO₂-Äquivalente
- Ärmste 10 Prozent: 5,2 Tonnen CO₂-Äquivalente
- Durchschnitt: 10,2 Tonnen CO₂-Äquivalente
- Paris-kompatibel wären: 1 bis 2 Tonnen CO₂-Äquivalente

Bildungs- und Einkommensmobilität

Bildung bleibt Privileg

Die Schweiz weist eine verhältnismässig niedrige Bildungsmobilität (im Sinne der akademischen Bildung) auf. Nur 10 Prozent der Kinder eines Vaters, dessen Einkommen unter dem Median liegt, machen ein Masterstudium, gegenüber 40 Prozent der Kinder von Vätern aus dem obersten Zehntel.²¹ Personen, deren Eltern ein niedriges Bildungsniveau haben, haben eine 20-mal höhere Wahrscheinlichkeit, lediglich einen obligatorischen Abschluss zu erreichen (32,1 Prozent) als Personen, deren Eltern eine hohe Bildung haben (1,7 Prozent). Von diesen erreichen drei von vier (72,3 Prozent) auch einen hohen Bildungsstand.²²

Im europäischen Vergleich liegt die Schweiz im unteren Drittel bei der Chancengleichheit im Bildungssystem.²³

Hohe Einkommensmobilität

Trotz der tiefen Bildungsmobilität ist die Einkommensmobilität in der Schweiz eher hoch. Ein Kind aus dem ärmsten Fünftel der Bevölkerung hat in der Schweiz bessere Chancen, später ein gutes Einkommen zu erzielen als in den USA, Italien oder sogar in Schweden. 13 Prozent der Kinder aus dem ärmsten Fünftel schaffen es ins reichste Fünftel. Aber um in die absolute Einkommensspitze (oberstes Fünftel) zu gelangen, ist akademische Bildung nach wie vor entscheidend, und diese hängt stark von Einkommen und Ausbildung der Eltern ab.²⁴

Mit einem tiefen Bildungsgrad ist es generell schwieriger, einen guten Lohn zu erzielen: 2024 bezogen über 35 Prozent der Personen ohne nachobligatorischen Bildungsabschluss einen Tieflohn (unter 4683 Franken Bruttomonatslohn).²⁵

Eine hohe Einkommensmobilität bedeutet nicht automatisch geringe Ungleichheit. In der Schweiz nimmt die Ungleichheit zu, weil die Spitzeneinkommen und -vermögen überproportional wachsen.

Wie kann Ungleichheit reduziert werden?

Die aktuelle Lage

Für Schweizer Erwerbshaushalte gilt: Sozialleistungen und Steuern reduzieren den Gini-Index um etwa einen Viertel (9,7 Punkte), wobei rund drei Viertel dieser Reduktion auf Sozialleistungen und ein Viertel auf Steuern zurückzuführen ist. Im internationalen Vergleich reduzieren Steuern die Ungleichheit hierzulande wenig.²⁶

Lernen vom Norden

In nordischen Ländern (22 Punkte) wird stärker umverteilt als in der Schweiz (13 Punkte beim Gini-Index) und dadurch die Ungleichheit der Gesamtbevölkerung deutlicher reduziert. Dafür verantwortlich sind einerseits eine stärkere Steuerumverteilung, aber auch universelle Sozialleistungen (für alle zugänglich, nicht bedarfsgeprüft) wie beispielsweise eine öffentlich finanzierte Kinderbetreuung und eine ausgebauten Elternzeit.²⁷

Stärkere progressive Steuern hätten auch in der Schweiz einen ungleichheitsreduzierenden Effekt. Dazu gehört auch eine höhere Besteuerung von Erbschaften.²⁸ Historisch gesehen wurde diese bereits von US-Gründervater Thomas Jefferson, aber auch von John Stuart Mill, Vordenker des Liberalismus, vorgeschlagen. Jefferson sprach sich für Steuerfreiheit für armutsbetroffene Menschen aus und eine progressive Besteuerung, während Mill schrieb, dass man nicht mehr erben sollte als «für eine angemessene Unabhängigkeit erforderlich ist».²⁹

Lösungen «von unten»

Ungleichheit kann auch durch Prävention und Förderung der Teilhabe verringert werden. Wenn der Staat Grundbedürfnisse gut abdeckt, sind Familien weniger finanziell belastet und armutsgefährdete Menschen haben bessere Chancen, gar nicht erst in die Armutsfalle zu geraten. Konkret bedeutet das:

- Bezahlbarer Wohnraum für alle Einkommensklassen
- Öffentliche Bildung in guter Qualität, die echte Chancengleichheit ermöglicht
- Bezahlbare Gesundheitsversorgung, damit sich nicht nur Wohlhabende Behandlungen leisten können
- Zugang zum Recht unabhängig vom Einkommen – Rechtsverfahren dürfen nicht am Geld scheitern
- Würdige Existenzsicherung für alle, die darauf angewiesen sind

1 Hans Baumann und Robert Fluder 2025 *Konservierung von Ungleichheit und Klassenstruktur: Entwicklungen seit 1950*

2 BFS 2025a *Einkommensverteilung* Die Angaben beziehen sich auf das verfügbare Äquivalenzeinkommen (Einkommen nach Abzug aller obligatorischen Abgaben, bereinigt um Haushaltsgrösse).

3 BFS 2025a

4 Oliver Hümberlin, Rudolf Farys, Ben Jann 2024 *Wie Lebenshaltungskosten die Ungleichheit verschärfen* (Die Studie arbeitet mit Daten für das Jahr 2015 aus sechs Kantonen: AG, BE, LU, SG, VS, GE)

5 SGB 2024 *Verteilungsbericht 2024*

6 Rudi Peters 2019, *L'évolution de la richesse en Suisse de 2003 à 2025*

7 Matthias Krapf 2024, *Die Ungleichheit der zu versteuernden Vermögen in der Schweiz während der Covid-19-Pandemie*

8 Auf Pensionskassenvermögen kann in der Regel nicht zugegriffen werden. Deshalb macht es Sinn, die Vermögensungleichheit, ohne dieses zu betrachten.

9 Baumann und Fluder 2025

10 *World Inequality Database*

11 Tages Anzeiger 13.11.2025 *Die Schere zwischen Arm und Reich geht in der Schweiz immer weiter auf*

12 Hans Baumann und Robert Fluder 2024 *Verteilungsbericht 2024* in Denknetz Jahrbuch 2024

13 Martinez Isabel Z., Marti Samira, Florian Scheuer 2025 *Der Einfluss von Vermögenssteuern auf die Vermögensverteilung in den Schweizer Kantonen, 1969–2018*

14 OECD 2021 *Inheritance Taxation in OECD Countries*

15 Krapf 2024 (Vermögensdaten ohne Pensionsvermögen, entsprechend OECD-Daten)

16 SRF 2025 *Wie vererbte Vermögen die Ungleichheit beeinflussen*

17 Marius Brülhart 2025 *Erbschaften und Steuern in der Schweiz*

18 Eidgenössische Steuerverwaltung 2025 *Erbschafts- und Schenkungssteuern*

19 Florian Landis 2025 *Consumption-based responsibility for global warming and the distribution of impacts of swiss climate policy*

20 Landis 2025

21 Patrick Chuard und Veronica Grassi 2020 *Switzerland of Opportunity: Intergenerational Income Mobility in the Land of Vocational Education*

22 BFS 2025 *Soziale Mobilität*

23 BFS 2025 *Soziale Mobilität im Jahr 2023*

24 Chuard und Grassi 2020

25 BFS 2025 *Lohnstrukturerhebung 2024 erste Ergebnisse*

26 Oliver Hümberlin, Rudolf Farys, Ben Jann und Olivier Lehmann 2021 *Umverteilung über Steuern und Sozialleistungen in der Schweiz* (Analyse der Kantone AG, BE, LU, SG, VS, GE)

27 Caminada Koen, Goudswaard Kees, Wang Chen, Wang Jinxian 2019 *Has the redistributive effect of social transfers and taxes changed over time across countries?*

28 Oliver Hümberlin, Rudolf Farys, Ben Jann 2023 *Ungleichheit reduzieren – aber wie? In Sozialalmanach «Ungleichheit in der Schweiz»*

29 Cornelius Cappelen und Jørgen Pedersen 2018 *Just wealth transfer taxation; Thomas Jefferson 1785 Equality*



**Armut hier und heute:
Perspektiven, Modelle, Widerworte
Sozialalmanach 2026**

Das Caritas-Jahrbuch zur sozialen Lage
Caritas-Verlag, Luzern, Januar 2026,
200 Seiten, 29 Franken
Redaktion: Fabian Saner
ISBN: 978-3-85592-203-1
Auch als E-Book (PDF) erhältlich
Bestellung online unter: www.caritas.ch/shop,
via Mail: shop@caritas.ch, per Telefon
unter 041 419 24 19.



Das Richtige tun
Agir, tout simplement
Fare la cosa giusta

Caritas Schweiz

Adligenswilerstrasse 15
Postfach
CH-6002 Luzern

Telefon: +41 41 419 22 22
E-Mail: info@caritas.ch

Internet: www.caritas.ch
IBAN: CH69 0900 0000 6000 7000 4

Qualitätsmanagementsystem
ISO 9001, Reg.-Nr. 14075